



## Indien: Medienkritik im In- und Ausland

**Bharat Bhushan**

**Unter der Modi-Regierung haben die Angriffe auf regierungskritische Medienvertreter:innen und Hasskampagnen - bis hin zu Mordaufrufen - noch einmal stark zugenommen. Um Journalist:innen einzuschüchtern und sie mundtot zu machen, werden sie von den Behörden häufig mit Strafverfolgung wegen „krimineller Verschwörung“ und „Anstiftung zu „Protesten“ bedroht. Zu der Unterdrückung abweichender Meinungen hinzu kommt die Beschränkung der Bewegungsfreiheit von indischen Journalist:innen im Ausland, wie Bharat Bhushan an aktuellen Fällen exemplarisch darstellt. Alles in allem ist der Zustand der indischen Medien besorgniserregend – kritische Narrative versucht der indische Staat zu kontrollieren und die Handlungsräume für kritische Berichterstattung werden weiter massiv eingeschränkt.**

Kürzlich wurden zwei beunruhigende Bilder von Journalisten veröffentlicht, die von der Polizei misshandelt wurden. Auf dem einen Bild aus Odisha ist ein Journalist mit Handschellen an ein Krankenhausbett gefesselt. Auf dem anderen Bild aus Madhya Pradesh stehen mehrere Männer dicht zusammengedrängt, darunter ein Journalist, bis auf die Unterwäsche entkleidet in einem Polizeirevier. Darf man behaupten, dass dies den Zustand der indischen Medien widerspiegelt - ideologisch gefesselt und ihrer Rolle als vierte Säule der Demokratie beraubt?

Gegen zwei weitere prominente Journalist:innen wurden Ausreiseverbote verhängt. Die Journalistin Rana Ayyub konnte schließlich nach gerichtlicher Intervention an einer Konferenz in Übersee teilnehmen. Weitaus mehr Ärger hatten die Regierungsbehörden mit dem Journalisten Aakar Patel, der zwar von einem Bezirksgericht die Erlaubnis erhielt, ins Ausland zu reisen, aber am Flughafen ein zweites Mal aufgehalten wurde. Nun hat das *Central Bureau of Investigation (CBI)* einen weiteren Gerichtsbeschluss erwirkt, der Patel daran hindert, ohne richterliche Genehmigung ins Ausland zu reisen.

Das besorgniserregende Muster in diesen Fällen ist die Unterdrückung abweichender Meinungen durch den Staat. Ironischerweise war Ayyub auf dem Weg nach London, um auf einer vom *International Centre for Journalists* organisierten Veranstaltung über die Einschüchterung von Journalist:innen zu sprechen. Patel sollte bei einer Veranstaltung an der Universität von Michigan mit dem Titel "Using Sarcasm To Mobilise Dissent In A Nation Where Facts Don't Matter" einen Vortrag halten.

Ayyub ist Meinungskolumnistin bei der Washington Post, und Patel ist ein ständiger und scharfer Kritiker des Modi-Regimes. Patel ist ein beliebter Kolumnist, der in seinen Veröffentlichungen - "Our Hindu Rashtra" und "The Price of the Modi Years" - versucht hat, den Schaden aufzudecken, den das Regime und seine Ideologie angerichtet haben. Seine Verbindung zu *Amnesty International* macht ihn vielleicht auch zu einer besonderen Zielscheibe - die Nichtregierungsorganisation wirft Indien häufig Menschenrechtsverletzungen vor. Zudem brachte sie die Modi-Regierung auch in große Verlegenheit, indem sie durch forensische Tests bestätigte, dass die Spionagesoftware Pegasus, die nur an Regierungsbehörden verkauft wird, zum Hacken der Handys indischer Journalist:innen und Politiker:innen verwendet wurde. Patel war daher in den Augen der Regierung vielleicht "doppelt schuldig".

Das derzeitige Regime reagiert überempfindlich auf internationale Kritik, insbesondere in einer Zeit, in der es sich weltweit in die Enge getrieben fühlt. Es macht sich weniger Sorgen um die inländischen Medien, in denen Kritik nur am Rande vorkommt. Nicht umsonst haben sich große Teile der indischen Medien Spitznamen wie "*Godi Media*", "*Lapdog Media*" oder "*North Korean TV Channels*" verdient. Willfähige Medieneigentümer werden mit großzügigen Einnahmen in Form von staatlicher Werbung belohnt. Die Widerspenstigen werden von Regierungsbehörden in die Schranken gewiesen, indem diese tatsächliche oder angebliche Gesetzesverstöße aufdecken - Einkommenssteuer, Geldwäsche, dubiose Briefkastenfirmen usw. In Bundesstaaten, die von der *Bharatiya Janata Party (BJP)* regiert werden, sind *Hindutva*-nahe Journalist:innen zu Medienberater:innen der Regierung ernannt worden. Von Tripura bis Jammu und Kaschmir kontrollieren diese Medieninsider die lokalen Medien genau. Die Akkreditierungsverfahren werden von ihnen manipuliert, so dass es für Journalist:innen schwierig ist, frei zu arbeiten. In einigen *BJP*-regierten Bundesstaaten wurden Journalist:innen unter fadenscheinigen Vorwänden, darunter auch Tweets, beschuldigt, gegen den *Unlawful Activities Prevention Act*<sup>1</sup> verstoßen zu haben.

Die Zentralregierung ist dabei, ein umstrittenes Akkreditierungsverfahren mit einer Sammelklausel einzuführen, die die Medienfreiheit erheblich bedroht. Der Zugang zur Regierung kann einem/einer Journalist:in verweigert werden, wenn sie oder er "in einer Weise handelt, die der Sicherheit, Souveränität und Integrität des Landes, den freundschaftlichen Beziehungen zu ausländischen Staaten, der öffentlichen Ordnung, dem Anstand oder der Moral schadet oder in irgendeiner Weise mit Missachtung des Gerichts, Verleumdung oder Anstiftung zu einer Straftat zusammenhängt".

Es ist die internationale Berichterstattung, die die Regierung nur schwer kontrollieren kann. Daher ist jeder/jede indische Journalist:in, der/die als Kolumnist:in oder Aktivist:in international präsent ist, ein Ziel der Kontrolle. Vor dem Patel- und Ayyub-Fiasko wurde dem prominenten Schriftsteller und Journalisten Aatish Taseer die Erneuerung seiner *OCI-Karte (Overseas Citizen of India)* wegen eines Artikels („India's Divider-in-Chief“) im *Time Magazine* verweigert.

Das Dilemma des Regimes besteht darin, dass es zwar innenpolitisch erfolgreich ist, indem es die pro-hinduistische Mehrheit unterstützt, auf internationaler Ebene jedoch einen Preis zu zahlen hat. Bislang konnte es die Kritik abwehren, indem es den westlichen Forderungen nach Marktzugang nachkam und sich zu deren Speerspitze machte, um China einzudämmen. Eine schwächelnde Wirtschaft und eine sich verändernde Geopolitik haben diesen Balanceakt jedoch erschwert.

Premierminister Modi wird international zunehmend als autoritärer Hindu-Führer kritisiert, der die Rechte der religiösen Minderheiten Indiens kaum achtet. Vor acht Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass eine amerikanische Kongressabgeordnete, Ilhan Omar, den indischen Premierminister mit dem chilenischen Diktator Pinochet verglichen hätte. Bei einer Anhörung des US-Kongresses zum Thema Außenpolitik fragte sie die stellvertretende Außenministerin Wendy Sherman unverblümt, ob die USA zuließen, dass "Modi unser neuer Pinochet wird". "Warum war die Regierung Biden so zögerlich, Modis Regierung in Sachen Menschenrechte zu kritisieren? ...

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein Gesetz, das darauf abzielt, Vereinigungen mit rechtswidrigen Aktivitäten in Indien zu verhindern.

Was muss noch geschehen? Wie sehr muss die Modi-Regierung den Muslim-Status in Indien kriminalisieren, damit wir etwas sagen", fragte sie.

Es ist bezeichnend, dass solche Angriffe auf die Regierung zu einer Zeit erfolgen, in der Indien in Bezug auf die Invasion in der Ukraine fest an der Seite der Aushängeschilder des Autoritarismus, des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des chinesischen Machthabers XiJinping, steht. Eine Reihe von US-Beamt:innen hat Indien mit "erheblichen und langfristigen Konsequenzen" gedroht, wenn es sich mit Russland verbündet.

Eine der ersten "Konsequenzen" könnte sein, dass die USA eine offen kritische Haltung zur Behandlung von Minderheiten, zivilgesellschaftlichen Aktivist:innen, Journalist:innen und ihrer Politik in Jammu und Kashmir einnehmen - Themen, die Schwachstellen der Zentralregierung markieren. Eine andere gefürchtete "Konsequenz" könnten weitere Indiskretionen über Pegasus<sup>2</sup> in den amerikanischen Medien sein, wie bereits in einer Veröffentlichung im Januar in der *New York Times*. Da die Position und das Image der Regierung weltweit immer problematischer werden, ist es vielleicht kein guter Zeitpunkt, wenn Journalist:innen, die für internationale Medien schreiben, die „Warzen im Gesicht“ der Regierung hervorheben.

Die Lage könnte sich noch verschlimmern, wenn es zu einer gängigen Praxis wird, die Bewegungsfreiheit von Journalist:innen im Ausland einzuschränken. In der heutigen global vernetzten Welt könnte diese Strategie nicht nur Kritik zum Schweigen bringen, sondern auch unerwünschte Rückwirkungen auf den Ruf der Regierung haben.

---

<sup>2</sup> Abhörskandal im Zusammenhang mit dem Einsatz einer Spionagesoftware in Indien

*Übersetzung: Erika Märke*

## Der Autor

**Bharat Bhushan ist ein bekannter und erfahrener Journalist und Kolumnist in Indien. Er veröffentlicht regelmäßig in verschiedenen politischen Zeitschriften und hat eine Talk Show im indischen Fernsehen zu Außenpolitik moderiert.**

COPYLEFT



Sofern nicht anders vermerkt stehen alle Werke unter der Creative Commons Lizenz CC BY-SA 4.0

**V.i.S.d.P.:**  
Jean Donauer  
Stiftung Asienhaus  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln (Germany)  
[speak.up@asienhaus.de](mailto:speak.up@asienhaus.de)  
[www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de)

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens  
Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Asienhaus und dem Südasiensbüro.

**SÜDASIEN**

